# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 96. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Mittwoch, 26. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.


## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung des Etats für das ostafrikanische Schutzgebiet fort. Abg. v. Liebert (Reichsp.) bat den Staatssekretär, bezüglich der Arbeitskraft der Neger weniger Begeisterung zu zeigen, den Pflanzern mehr entgegenzukommen, deutsche Ansiedler nach Deutsch-Ostafrika zu ziehen und den deutschen Charakter dort mehr zu betonen. Staatssekretär Dernburg erklärte, Deutsch-Ostafrika beruhe gegenwärtig viel mehr auf Eingeborenenwirtschaft als auf Plantagenwirtschaft. Der Versuch des Gouverneurs v. Rechenberg, einen Arbeiteragenten anzustellen, sei an dem Verhalten der Pflanzer gescheitert. Der Verband der Anbieder am Kilimandscharo fordere, den Eingeborenen die Anlage von Pflanzungen zu verbieten; das gehe zu weit. Es sei unmöglich, in Ostafrika die Zukunft auf einem Stande aufzubauen. Man brauche deshalb die Interessen der Pflanzer nicht gering zu achten, aber man dürfe auch nicht dulden, daß die kleine Gruppe der Pflanzer ihre Interessen als die allein zu berücksichtigenden betrachte. Eine Ansiedelung sei ohne Eisenbahn nicht möglich. Wenn man keine richtige Eingeborenenpolitik treibe, so könne alles durch Eingeborenenaufstände wieder verloren gehen. Der Bau von Eisenbahnen in Verbindung mit einer richtigen Eingeborenenpolitik dagegen sichere die Zukunft der entwickelungsfähigen Kolonie. Nachdem Abg. Spahn (Ztr.) die Inderfage berührt hatte, erklärte der Staatssekretär, die Inder seien für den Kleinhandel nicht zu entbehren. Die Inderfrage zu lösen, sei schwierig. Die Hauptsache sei, wirtschaftlich für die Kolonie zu sorgen. Es müßten alle Erwerbsstände in Ostafrika in gleicher Weise berücksichtigt werden. Das Deutschtum müsse verbreitet werden durch die Verwaltung, die Missionen und durch Gesetze. Die Pflanzer seien als Erzieher zum Deutschtum nicht anzuerkennen. Darauf vertagte sich die Kommission auf heute, Mittwoch, 10 Uhr.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte, ebenfalls am Dienstag, die allgemeine Aussprache über den Eisenbahnetat fort. Die Regierung gab Auskunft über die von ihr geplanten Reformen.

### Alters- und Gehaltsverhältnisse der neuen Professoren an den staatlichen höheren Lehranstalten Preußens.

Aus Oberlehrerkreisen wird uns geschrieben: Wie bekannt sein dürfte, ist durch königlichen Erlaß vom 27. Januar 1906 bestimmt, daß bis zur Hälfte der Oberlehrer zu Professoren charakterisiert sind, sofern sie eine zweijährige Schuldienstzeit von der Beendigung des Probejahres zurückgelegt haben, zur Verleihung des persönlichen Ranges als Räte 4. Klasse vorgeschlagen werden kann. Nach Beendigung der Uebergangszeit sind im Dezember vorigen Jahres bei einer Gesamtzahl von ungefähr 8000 Professoren und Oberlehrern 118 Neuernennungen von Professoren erfolgt, davon bei ungefähr 2900 Professoren und Oberlehrern an staatlichen Anstalten 39. Ob der 39. aber zu den staatlichen oder nichtstaatlichen gehört, ist eigentlich noch eine Doktorfrage, da sich dieser neue Professor an einer königlichen Anstalt (Sonderburg) befindet, deren Oberfeunde von der Stadt unterhalten wird.

Die neuen Professoren an staatlichen höheren Lehranstalten erwarben ihre Anstellungsfähigkeit nach Bestehen des erforderlichen Examens und Beendigung ihrer praktischen Ausbildung alle vor dem 1. April 1892, d. h. vor mehr als 15¾ Jahren. Bei einem Durchschnittsalter von 45,5 Jahren bezogen sie ein Durchschnittsgehalt von 4185 Mark, Dezember 1906 war das Durchschnittsgehalt bei einem Alter von 43,6 Jahren 4400 Mark. Ihren Vorgängern gegenüber mußten die neuen Professoren das, was sie an Alter zusetzten, wieder an Gehalt verlieren. Möge bei der demnächstigen Gehaltsregulierung endlich einmal ganz freie Bahn gemacht werden und auch die Anrechnungsfrage der langen Wartezeit gewisser Jahrgänge unter den Oberlehrern zu aller Zufriedenheit gelöst werden.

### Strengere Bestrafung der Roheits- und Sittlichkeitsverbrechen.

Die vielfach zu milde Bestrafung der Roheits- und insbesondere der Sittlichkeitsverbrechen ist bei der Beratung des Reichsjustizetats wieder zur Sprache gebracht worden. Es wurde dabei u. a. auch auf die englische Justiz hingewiesen, die die persönliche Ehre in weit höherem Maße achtet, als dies bei uns der Fall ist. Wenn zugegeben werden muß, daß unsere Strafbestimmungen in dieser Hinsicht viel zu milde sind und daß besonders das mindeste Strafmaß und die weitgehende Zulassung mildernder Umstände den berechtigten Anforderungen keinesfalls entsprechen, so ist es doppelt notwendig, daß die Richter mit großer Strenge ihres Amtes walten und den Roheitsverbrechern gegenüber kein unangebrachtes Erbarmen an den Tag legen.

Um hierauf hinzuwirken, hat — wie soeben amtlich bekannt gemacht wird — das bayerische Staatsministerium folgende Kundgebung erlassen:

„Es wird häufig darüber geklagt, daß gegen Personen, die der Verübung roher und unsittlicher Handlungen schuldig gesprochen werden, auf zu milde Strafen erkannt wird. Die Klagen beziehen sich hauptsächlich auf Fälle der Begehung solcher Handlungen gegen Frauen oder Kinder und namentlich auf Fälle, in denen die Tat unter Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses verübt wurde. Zu ihrer Rechtfertigung wird auf die verhältnismäßig schweren Strafen hingewiesen, mit denen oft geringfügige Eingriffe in fremde Vermögensverhältnisse geahndet werden. Die Entscheidung darüber, welche Strafe in einzelnen Fällen angemessen ist, steht zwar den Gerichten zu, das Gesetz räumt aber der Staatsanwaltschaft das Recht ein, durch Antrag und Ausführungen auf diese Entscheidung einzuwirken. Hiervon den richtigen Gebrauch zu machen, ist die besondere Pflicht der Staatsanwaltschaft. Sowohl bei der Vorbereitung der öffentlichen Anklage und während der gerichtlichen Voruntersuchung als auch in der Hauptverhandlung muß sie auf die Ermittelung der Tatsachen hinwirken, die für die Bestimmung der Strafe wichtig sind. Kommt sie nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände des Falles zu dem Ergebnis, daß eine Bestrafung der Schuldigen am Platze ist, so hat sie dies bei der Stellung und Begründung ihres Antrages in der Hauptverhandlung mit vollem Nachdruck geltend zu machen. Dabei muß sie in den Fällen der Verübung roher und unsittlicher Handlungen gegen Frauen und Kinder namentlich auf deren größere Schutzbedürftigkeit, auf die Unerheblichkeit des angerichteten Schadens und auf die Niedrigkeit der Gesinnung, die in der Begehung solcher Handlungen gegen Frauen und Kinder überhaupt und besonders dann zutage tritt, wenn die Tat unter Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses verübt wird, das gebührende Gewicht legen, um eine der Schwere der Tat entsprechende Bestrafung herbeizuführen, die auch das öffentliche Rechtsbewußtsein als ausreichende Sühne der Tat empfindet."

Dieser Erlaß ist sehr bemerkenswert. Er wird hoffentlich gute Folgen zeitigen und auch andernorts in den deutschen Bundesstaaten Nachahmung finden. Damit allein aber ist es nicht getan. Vor allen Dingen wird bei der bevorstehenden Reform der Strafgesetzgebung auf strengere Normierung der Strafen für Roheits- und Sittlichkeitsverbrechen als auch für Beleidigungen Bedacht genommen werden müssen.

## Deutsches Reich.

* **Se. Maj. der Kaiser** traf am Dienstag um 6¾ Uhr mittels Automobils in Potsdam ein und begab sich nach dem Regimentshause des 1. Garde-Regiments zu Fuß, um dort an einer Festlichkeit anläßlich des Jahrestages seines Eintritts in die Arme teilzunehmen.

* **Der neue kommandierende General des 13. Armeekorps,** Herzog Albrecht von Württemberg, war bisher kommandierender General des 11. Armeekorps in Kassel. Herzog Albrecht, der präsumtive Thronfolger, ist zu Wien am 23. Dezember 1865 geboren. Am 28. April 1883 wurde er zum Leutnant ernannt, 1888 erfolgte seine Beförderung zum Oberleutnant, 1890 zum Hauptmann und 1893 zum Major. Die Oberstleutnantscharge hat Herzog Albrecht übersprungen; sein Patent als Oberst datiert vom 18. April 1896. Als Generalmajor hat er die 4. Garde-Kavallerie-Brigade in Potsdam befehligt; als Generalleutnant (16. Juni 1901) war er Kommandeur der 26. Division.

* **Ueber die Haltung des deutschen Botschafters** in Konstantinopel in der Frage der Mandatsverlängerung für die Finanzkommission in Mazedonien sind falsche Nachrichten in die Presse gebracht worden. Es wurde behauptet, Freiherr v. Marschall habe der Pforte in Aussicht gestellt, falls sie die Mandate verlängere, werde er in der Justizreform ein Kompromiß herbeiführen. In anderen Meldungen hieß es, der Botschafter habe sogar der Pforte bereits Vorschläge für den Inhalt eines solchen Kompromisses gemacht. Diese Angaben sind, wie uns aus Konstantinopel gemeldet wird, erfunden. Der Botschafter hat Veranlassung genommen, die von allen Mächten gewünschte Mandatsverlängerung der Pforte gegenüber zu berühren, hat aber mit dieser Verlängerung die Justizreform weder direkt noch indirekt in Verbindung gebracht.

* **Im Prozeß gegen den Oberst a. D. Gaedke** verwarf der Straffenat des Kammergerichts die Revision Gaedkes gegen das verurteilende Erkenntnis der Strafkammer des Landgerichts Berlin I. Danach ist Gaedke nicht mehr befugt, sich Oberst a. D. zu nennen.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

**38. Sitzung vom 25. Februar, 11 Uhr.**

Am Ministertisch: Holle.

Die Einzelberatung des Kultusetats wird beim Kapitel „höhere Lehranstalten" fortgesetzt. Zunächst steht zur Erörterung ein Antrag des Abg. Ernst (freis. Vgg.), die Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten in organische Verbindung zu bringen und die bei den staatlichen Lehranstalten noch bestehenden Vorschulen allmählich aufzuheben.

Abg. **Ernst** (freis. Vgg.) begründet den Antrag.

Abg. **v. Kölichen** (kons.) steht der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüber, hält ihn aber zurzeit für undurchführbar.

Abg. Dr. **Glattfelder** (Ztr.) bittet gleichfalls, die Lösung der Frage der späteren Entwickelung zu überlassen.

Abg. **Cassel** (freis. Vp.) hält es als Mitantragsteller für erwünscht, daß der Bildungsgang aller Kinder wenigstens drei Jahre lang gleich ist, auch um beim Uebertritt von der Volksschule zum Gymnasium den Verlust von 1 bis 1½ Jahren zu vermindern.

Ein **Regierungskommissar** betont, dem Antrag Ernst stehen erhebliche praktische Bedenken entgegen. Um der geringen Zahl derer, die von der Volksschule zum Gymnasium übergehen, könne der Lehrplan der Volksschule nicht geändert werden.

Abg. Dr. **Berndt** (natlib.) beantragt, für den Fall der Ablehnung des Antrags Ernst die Resolution, die die Unterrichtskommission im vorigen Jahre gefaßt hat, zum Beschluß des Hauses zu erheben. Diese Resolution, die die Stellungnahme der Kommission zu einem dem heutigen Antrage Ernst gleichlautenden freisinnigen Antrage darstellt, verlangt, die Regierung solle erwägen, wie der Lehrplan für das dritte Volksschuljahr mit dem der untersten Klassen der höheren Lehranstalten in Verbindung gesetzt werden könne. Die Resolution bekämpft ferner die Aufhebung der Vorschulen und empfiehlt, den Besuch der Unterklassen höherer Knabenschulen durch Mädchen nur im Notfalle zu gestatten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Ernst abgelehnt und der Antrag Berndt gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

In der allgemeinen Besprechung über die höheren Lehranstalten bemerkt zunächst

Abg. **v. Neumann**-Großenborau (kons.): Wie wir uns freuen können, daß wir neben Goethe noch Schiller haben, ebenso wollen wir uns freuen, daß wir neben dem humanistischen Gymnasium noch die verschiedenen Realschulen haben. Der Ueberbürdung der Schüler muß Halt geboten werden. Besondere Pflege sollte auf den höheren Lehranstalten das Deutsche finden. Dazu bedarf es geschickter Auswahl namentlich der Aufsatzthemata. Die Lehrer müssen vor dem Rückfall ins Philistertum bewahrt werden. Da erwäge man Fortbildungskurse an Oberlehrer oder Exkursionen für jüngere Lehrer. Ein „unzureichend" sollte durch ein „gut" in irgend einem anderen Fache kompensiert werden können. (Beifall.)

Geheimrat **Köpke**: Der Ueberbürdung während der Schulzeit haben wir durch Verlängerung der Pausen entgegengearbeitet. Auch sonst ist die Ueberbürdung von uns eifrig erwogen worden. Die Fortbildung der Oberlehrer ist außerordentlich wichtig. Besondere Kurse sind von uns in großer Zahl angeregt worden. (Beifall.)

Abg. **Fritsch** (natlib.) verbreitet sich über die Frage der Vereinheitlichung der deutschen Kurzschriftsysteme und bittet die Regierung, diese Bestrebungen zu unterstützen. Jetzt besteht die Befürchtung, die aus Regierungsvertretern bestehende Stenographiekonferenz könnte die Arbeit des Sachverständigenausschusses, der die besten Vertreter aller stenographischen Schulen umfaßt, vereiteln. Daher empfiehlt sich Umgrenzung der Aufgaben der Rechte der Stenographiekonferenz.

Abg. **Marx** (Ztr.) glaubt, es habe sich bei der Vereinheitlichung der Kurzschrift von Anfang an um eine staatliche Konferenz gehandelt. Daran müsse man festhalten und nur aus praktischen Erwägungen dem Sachverständigenausschuß entgegenkommen.

Geheimrat **Matthias**: Das Haus hat im vorigen Jahre den Beschluß gefaßt, die Staatsregierung zu ersuchen, die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Stenographie tunlichst zu fördern. Dieser Beschluß ist für die preußische Unterrichtsverwaltung maßgebend. Bis jetzt hat diese in der allerstrengsten Objektivität die zahlreichen Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Stenographie und alle die Streitschriften, die erscheinen, gewissenhaft geprüft und es sich zur Pflicht gemacht, alle Punkte, die in diesen Aeußerungen enthalten sind und einen Anhalt geben zu der Möglichkeit der Einigung für sich zusammen zu stellen. Die preußische Unterrichtsverwaltung muß mit Sorgfalt prüfen und geeignete Vertreter in die Konferenz hineinsenden, die ebenfalls die Hauptgesichtspunkte darin sehen, zur Vereinheitlichung der Stenographie beizutragen. Mehr kann die preußische Unterrichtsverwaltung augenblicklich nicht tun.

Abg. **Eickhoff** (freis. Vp.) erklärte, auf den Streit der Stenographen wolle er nicht eingehen; hoffentlich einigten sie sich bald. Der Redner erörtert dann die Mädchenschulreform; die Zulassung von Mädchen zu den höheren Knabenschulen sei die unerläßliche Ergänzung der Schaffung von Mädchengymnasien. Die alten Sprachen dürften nicht zum integrierenden Bestandteil des Lehrplans der Mädchengymnasien gemacht werden; der richtige Oberbau für sie sei der der Oberrealschulen. Der Redner verlangt weiterhin vorurteilsloses Vorgehen bei der Ernennung von Oberlehrern zu Professoren und obligatorischen englischen Unterricht an den Gymnasien.

Geheimrat **Tillmann** bestreitet die vom Vorredner gerügte Knappheit des Etatskapitels. Alles Nötige sei geschehen. Den Hilfslehrern werde künftig die Zeit, während deren sie wöchentlich mindestens zwölf Stunden unterrichtet haben, bei der Pensionsbemessung angerechnet werden.

Abg. **Viereck** (freikons.): Auch wenn die Hilfslehrer nicht zwölf Stunden wöchentlich unterrichten, muß ihnen ihre Tätigkeit bei der Pensionierung angerechnet werden. Das verlangt das Gesetz.

Ein **Regierungskommissar** tritt dieser Auffassung entgegen.

Abg. Dr. **Krüger**-Marienburg (kons.) beklagt es, daß die Jugend jetzt zu viele Sprachen, aber keine gründlich lerne. Der Lateinunterricht werde bei uns noch immer ganz grundlos bevorzugt und wirke auf das Sprachgefühl der Schüler für die eigene Sprache schädigend.

Ein **Regierungskommissar** bittet, nicht auf Grund einzelner Beobachtungen zu verallgemeinern.

Nach einer weiteren Rede des Abg. **Metger** (natlib.) wird ein Schlußantrag angenommen. Das Kapitel wird bewilligt. Damit ist die zweite Lesung des Kultusetats beendet.

Donnerstag 11 Uhr: Etats des Innern. — Schluß 4 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802262-17/fragment/page=0001

# Deutscher Reichstag.

**108. Sitzung vom 25. Februar, 1 Uhr.**

Am Bundesratstische: **Kraetke, von Bethmann-Hollweg, Dr. Sydow, Dr. Nieberding, Twele.**

Den Platz des Abg. **v. Normann** (kons.), der heute seinen 64. Geburtstag feiert, schmückt ein prächtiger Blumenstrauß.

Debattelos wird zunächst in dritter Lesung das

**Telefunkengesetz**

genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des

**Schedgesetzes.**

Nach unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. **Marcour** (Ztr.) und **Arendt** (Rp.) wird auch dieses Gesetz definitiv angenommen.

Darauf setzt das Haus die Beratung des

**Etats des Reichsjustizamtes**

fort.

Abg. **Schack** (wirtsch. Vgg.) berührt die Frage der Konkurrenzklausel und fragt an, wie das Ergebnis der vom Reichsjustizamt hierüber angestellten Erhebungen ausgefallen sei.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. **Sydow**: Es liegt mir daran, die erste Gelegenheit wahrzunehmen, um eine Erklärung persönlicher Art abzugeben. Mir liegt die Aufgabe ob, mich in nächster Zeit über diese Stand wichtiger Fragen zu informieren. Das wird meine Arbeitskraft und meine Zeit so in Anspruch nehmen, daß ich nicht so regelmäßig wie mein verehrter und beliebter Herr Amtsvorgänger hier werde anwesend sein können. Ich werde die Vertretung in den Fragen, die die Reichsfinanzverwaltung berühren, sofern es sich nicht um Fragen besonderer Wichtigkeit handelt, nicht selbst führen können. Ich tue das mit gutem Gewissen, da ich weiß, daß mein verehrter Kollege (Redner wendet sich hier zum Unterstaatssekretär Twele) in solchen Fragen große Erfahrung hat. (Beifall.) Ich wollte diese Erklärung abgeben, damit mir nicht mein häufiges Fehlen als Mangel an Rücksicht auf dieses hohe Haus ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. **v. Liebert** (Rp.) tritt mit großer Ausführlichkeit ein für seinen Vorschlag betr. Einführung der Deportation. Er sucht namentlich den finanziellen Gewinn, den das Reich davon haben würde, nachzuweisen. Er betont auch noch ausdrücklich, daß die Verschickung nur „auf Antrag" erfolgen solle, also nicht gegen den Willen der Verurteilten.

Staatssekretär **Nieberding**: Die Frage hat zunächst eine internationale Bedeutung, die vom Vorredner wohl etwas unterschätzt wird, sie hat eine koloniale Bedeutung, die der Vorredner wohl nicht genügend klargestellt hat, und sie hat auch eine große finanzielle Bedeutung. Es kann nicht anerkannt werden, daß der Herr Vorredner nach allen diesen Richtungen hin ausreichend alle Bedenken beseitigt hat. Wenn der Reichstag die verbündeten Regierungen zu einer so wichtigen Entschließung auffordert, so muß er doch sich erst darüber vollkommen klar sein, daß der Gedanke zweckmäßig und durchführbar ist. — Was die Frage der Konkurrenzklausel anlangt, so kann ich über die Erhebungen Näheres noch nicht mitteilen, da dieselben noch schweben. Eine Milderung der Konkurrenzklausel wird voraussichtlich kommen, aber keine vollkommene Ausmerzung.

Abg. **v. Chrzanowski** (Pole) verbreitet sich über Urteile preußischer Richter, die das Ansehen der Rechtsprechung im In- und Auslande schädigten. Gedichte des vorigen Jahrhunderts, die früher stets unbeanstandet geblieben seien, historische Werke, auch von anerkannten polnischen Klassikern, würden jetzt als aufreizend angesehen.

Abg. **Roeren** (Ztr.): Wenn die Herren Müller-Meiningen und Ablaß aus meiner letzten Rede im Abgeordnetenhause Beunruhigung geschöpft haben wegen einer neuen lex Heinze, so kann ich sie beruhigen. Meine Rede im Abgeordnetenhause fand den Beifall aller Parteien. Die Hinzuziehung von Künstlern und Literaten zur Beurteilung des Unzüchtigen, als Sachverständige, ist auch von hervorragenden Münchener Künstlern als Skandal bezeichnet worden. Ich will Ihnen Reproduktionen großer Meister zeigen und Sie fragen, ob Sie diese Reproduktionen Ihren eigenen Kindern in die Hände geben würden? Und wenn Sie mir antworten: nein, nun dann, sage ich, dürfen Sie diese Reproduktionen auch nicht anderen Kindern in die Hände geben! Auch Sie müssen denn die Ausnutzung solcher Reproduktionen von Meistern zu spekulativen Zwecken verurteilen. In Deutschland existieren allein 52 Firmen, die ein Gewerbe aus diesem Schmutz machen und dabei die brillantesten Geschäfte machen. Wir sollten uns die Hand reichen, um zu retten, was vielleicht noch zu retten ist an unserer Jugend. Nicht knebeln wollen wir die Kunst, sondern sie befreien von dem Schmutz und von ihren Auswüchsen. Auch Orthodoxie hat uns Herr Müller-Meiningen vorgeworfen und mit dem poetischen Erguß geschlossen: Ob Stadt, ob Holle, schwarz ist der Kopf bis in die Wolle! Herr Müller von Meiningen hat uns ja schon öfters mit seinen poetischen Ergüssen erfreut. Ich bin nicht so dichterisch veranlagt wie Herr Müller, aber ich will schließen mit einem Verslein, das einmal ein wirklicher Dichter dem Herrn Müller von der Werra ins Stammbuch geschrieben hat: „O Müller von der Werra, Dir fällt das Dichten schwerra! Es wird' mich freuen serra, Wolltest Du nicht dichten merra! (Stürmische Heiterkeit!)

Abg. **Junck** (natl.): Der Vorredner hat den Kollegen Magdan gefragt, ob er die betreffenden Reproduktionen seinen eigenen Kindern in die Hand geben würde. Ich würde gegenüber solchen Reproduktionen zu einem Akte der Selbsthilfe schreiten. (Beifall.) Redner empfiehlt sodann eingehend seine Resolution betr. gesetzliche Regelung des Rechts der Arbeitstarifverträge. Auch der Deutsche Juristentag habe es bereits für nötig gehalten, die Materie auf seine Tagesordnung zu setzen. Der Einwand, die Tarifverträge stärken die Sozialdemokratie, sei depliziert gegenüber der Tatsache, daß die Tarifverträge an sich Segen stiften.

Staatssekretär **Nieberding**: Im Reichsamt des Innern und im Justizamte ist man sich über die große Bedeutung der Tarifverträge einig. Ebenso darüber, daß es bald zu einer reichsgesetzlichen Regelung kommen möge. Aber die Schwierigkeiten einer angemessenen Regelung werden vom Vorredner unterschätzt. Wir werden aber der Sache fortgesetzt unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden und den gegebenen Anregungen gebührend Beachtung schenken.

Abg. **Heine** (Soz.): Jeder, der die Berufstätigkeit des Abg. Stadthagen genau kennt, so wie ich, weiß, in wie ausgezeichnetem Rufe er unter seinen Amtsgenossen stand. Alle, die ihn kennen, halten das Urteil über ihn für ungerecht. Ich erkläre das ohne jede Rücksichtnahme auf ihn als Parteigenossen. Redner wendet sich weiter gegen den Gedanken, bei Beleidigungsprozessen mehr als bisher den Wahrheitsbeweis abzuschneiden. Im Prozesse Harden-Moltke sei der Staatsanwaltschaft zu schwerem Vorwurf zu machen, daß sie erst das Interesse der Oeffentlichkeit verneint, nachher bejaht habe. Das habe den Eindruck der Verworrenheit gemacht. Als Beleg dafür, mit welcher Willkürlichkeit das Vorliegen öffentlichen Interesses von der Anklagebehörde je nachdem bejaht oder verneint werde, exemplifiziert Redner auf schwere Beleidigungen gegen den Abg. Fischer (als Leiter der Vorwärtsdruckerei), deren Verfolgung der Staatsanwalt abgelehnt habe. Und zwar obwohl es ein Abgeordneter war, dem ehrenrührige Handlungen nachgesagt wurden.

Staatssekretär **Nieberding** erwidert, auch solche Einzelfälle geben dem Vorredner noch kein Recht, die ganze Rechtspflege anzugreifen. Wenn der Vorredner durchleuchten ließ, daß es den Staatsanwaltschaften oft an dem guten Willen fehle, so weise er dies als eine unberechtigte Verleumdung zurück. In dem betr. Einzelfalle habe sich die Sache völlig innerhalb der Staatsanwaltschaft abgespielt, ohne daß der preußische Justizminister oder irgend einer seiner Räte etwas davon wußte. Auch die Tatsache, daß ein Mitglied eines Parlaments beleidigt sei, sei nicht unter allen Umständen entscheidend für die Entschließung der Staatsanwaltschaft. Richtig sei in diesem Falle nur, daß ein bedauerliches Mißverständnis seitens des Staatsanwalts vorlag, aber weiter nichts. (Gelächter links.)

Abg. **Kreth** (kons.) wendet sich gegen den Abg. Müller-Meiningen und dessen Angriffe auf den preußischen Kultusminister. Wir haben doch hier mit unseren eigenen Angelegenheiten genug zu tun und brauchen nicht den preußischen und bayerischen Kultusetat in die Debatte zu ziehen. Das Attest, das Heine Herrn Stadthagen ausgestellt, habe auf ihn zwar einen gewissen Eindruck gemacht, helfe aber nicht über die Tatsache hinweg, d. h. über das Erkenntnis des Ehrengerichts. Zumal doch auch in diesem Anwälte gesessen haben! Diese müßten doch also anders über Stadthagen geurteilt haben als Heine! Redner verweist auf grobe Auswüchse in sozialdemokratischen Preßauslassungen und fragt ironisch, ob man solchen Redakteuren die Ausbildung unserer Referendare überlassen solle. Auch an der Wahrheitsliebe fehlt es den sozialdemokratischen Blättern häufig. So ist von allen Schimpfworten, die mir von der äußersten Linken zugerufen wurden, im damaligen „Vorwärts"-Bericht nichts zu lesen. Offenbar ist das der letzte Rest von Schamgefühl. Redner wird schließlich von der äußersten Linken fortgesetzt mit gereizten Zurufen überschüttet, setzt aber seine Angriffe auf die Sozialdemokratie mit großer Ruhe fort. Wollen Sie (zu den Sozialdemokraten) Ihre Gerechtigkeit auf den Gegenwartsstaat übertragen? Die Staatsanwaltschaft sollte den Sozialdemokraten viel mehr auf die Finger sehen. Gehen die Sozialdemokraten in ihren Angriffen so fort, so wird das deutsche Volk das sozialdemokratische Gewürm zertreten. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Heckscher** (frs. Vgg.) wendet sich gegen die Kritik, die Abg. Stadthagen an dem Urteil gegen die Hamburger Schauerleute geübt hat. Unverständlich bleibt, wie Abg. Stadthagen hier von einem Attentat gegen das Koalitionsrecht sprechen konnte. Was Abg. Stadthagen hier getan hat, war die krasseste Klassenjustiz. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird mit den Stimmen des Blocks angenommen.

Der Titel des Staatssekretärs wird bewilligt.

Mittwoch, 1 Uhr: Fortsetzung. — Schluß nach 6 Uhr.

## Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.** Die österreichische Delegation hat den Antrag Latour-Schraffl betreffend die Erhöhung der Offiziersgagen und der Mannschaftslöhnung angenommen. — Ferner genehmigte die österreichische Delegation den Bericht des Heeresausschusses betreffend die gewerblichen Heereslieferungen und nahm den Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums und des gemeinsamen obersten Rechnungshofes über die Zollgefälle an.

**Italien.** Den Blättern zufolge stimmten nur drei Senatoren gegen die Verurteilung Nasis. Dieser blieb am Dienstag zu Bett, da sein Arzt ein Zeugnis ausstellte, wonach der Gesundheitszustand Nasis nicht zulasse, daß er ins Gefängnis übergeführt werde. Lombardo wurde aus der Haft entlassen. — Der sizilianische Deputierte Aguglia hat unter den Deputierten eine Petition zur Unterschrift in Umlauf gesetzt, in welcher der König gebeten wird, er möge Nasi begnadigen. Bis jetzt haben 31 Deputierte die Petition unterzeichnet.

**Rußland.** Der italienische Journalist Maria Calvino, einer der verhafteten Teilnehmer an dem terroristischen Komplott gegen den Großfürsten Nikolajewitsch und andere hochgestellte Persönlichkeiten, bei dem ein Sprenggeschoß von großer Kraft vorgefunden wurde, erklärte, daß er einer fliegenden Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei des nördlichen Gebietes angehöre, lehnte jedoch jede weitere Angabe über diese Angelegenheit ab. Calvino wird zusammen mit den übrigen Teilnehmern an dem Komplott und auf den gleichen gerichtlichen Grundlagen zur Verantwortung gezogen werden.

**Persien.** Der frühere Gouverneur von Urmia, Imam Kuli Mirza, ist in Saudsch bulak eingerückt, das die Türken in der Nacht auf Montag geräumt hatten.

**Spanien.** Infolge der jüngst vorgekommenen anarchistischen Anschläge hat der Minister des Innern in einem am 25. cr. im Madrider Amtsblatt veröffentlichten Erlaß angeordnet, daß innerhalb Monatsfrist in jedem Hause ein Pförtner angestellt werde, welcher eine genaue Ueberwachung des seiner Obhut anvertrauten Hauses durchzuführen habe, als behördlicher Agent angesehen und Befugnis zur Verhaftung von Uebeltätern haben wird.

**Großbritannien.** König Eduard wird voraussichtlich nächsten Montag nach Biarritz abreisen und den Weg über Paris nehmen, wo er sich einen oder zwei Tage aufzuhalten gedenkt. Bezüglich der Reisepläne der Königin ist noch nichts festgesetzt.

**Schweden.** In der ersten Kammer des Reichstages erklärte der Vizepräsident, es sei wünschenswert, daß auch von der ersten Kammer eine Aeußerung über die Ostsee- und Alandsfrage vorliege, die keinen Zweifel über die in Schweden herrschende einstimmige Meinung in dieser Lebensfrage lasse. Deshalb wolle er im Namen der ersten Kammer erklären, die Kammer sei überzeugt, daß die Regierung mit aller Kraft, insbesondere für die für Schweden so ernste Frage der Aufrechterhaltung des für die Alandsinseln geltenden Status quo eintreten werde. Sämtliche Mitglieder der Kammer stimmten diesen Ausführungen zu. Der Minister des Aeußern, von Trolle, verwies in seiner mit Beifall aufgenommenen Antwort auf seine Auslassungen in der zweiten Kammer und versicherte, daß die Regierung mit aller Kraft suchen werde, bei den zurzeit geführten Unterhandlungen die Interessen Schwedens zu wahren.

**Marokko.** Nachdem General d'Amade die Absicht geäußert hatte, seine Operationen am nächsten Donnerstag wieder aufzunehmen, ersuchte ihn die französische Regierung telegraphisch, ihr mitzuteilen, welchen Operationsplan er aufgestellt habe und ob er sicher sei, über die zur Durchführung dieses Planes nötigen Streitkräfte zu verfügen. — Clemenceau hatte Dienstag abend eine lange Besprechung mit den Ministern Pichon und Thomson über die Marokkofrage. An einem Teile der Besprechung nahm auch der Gesandte Regnault teil. — Einem Telegramm des Admirals Phillibert zufolge ist die politische Lage in Marokko unverändert. Die Truppen d'Amadas lagern in ihren Quartieren.

## Aus Nah und Fern.

**Dampfer gesunken.** Der in Boston beheimatete Fischdampfer „Sead" ist in der Nordsee gesunken. Die aus neun Mann bestehende Besatzung wurde, in einem Rettungsboot treibend, von einem englischen Dampfer aufgefunden und in Hamburg gelandet.

**Viel Schnee.** Wie die „Schlesische Zeitung" meldet, sind im Riesengebirge am 24. und 25. cr. bedeutende Schneemassen niedergegangen. Der Straßenbahnbetrieb ist sehr erschwert und die Telegraphen- und Telephonverbindungen sind teilweise unterbrochen.

**Auslieferung eines Erpressers?** Das Londoner Polizeigericht beschloß am Dienstag, den Geschäftsreisenden Heinrich Kronen, der beschuldigt wird, unter Drohungen Geld von den Herren Krupp von Bohlen und Halbach in Essen und Thyssen in Mülheim verlangt zu haben, an Deutschland auszuliefern.

**29 Menschen ertrunken.** Nach einer Lloydmeldung aus Laguna (Mexiko) ist der Dampfer „Canuto Bulner" während eines Sturmes gesunken. 27 Passagiere und 2 Mann der Schiffsbesatzung sind ertrunken.

**Bombenattentat.** In Barcelona zerstörte eine mit Nägeln gefüllte Bombe eine Wand und mehrere Treppenstufen in einem alten Hause des alten Stadtviertels. Eine Verhaftung ist vorgenommen worden.

**In Hejdt-Vasarhely übersiel der Honvedleutnant** Sos in angeheitertem Zustande vor einem Kaffeehause den Gutsbesitzer Toth und verwundete ihn mit seinem Säbel am Arm. Toth wollte ihm den Säbel entreißen, worauf der Hauptmann Fröhes zu Hilfe eilte. Dieser verwundete einen in der Gesellschaft Toths befindlichen Juristen mit seinem Säbel am Halse schwer.

**Verbrechen.** Berl. Lokalanz.": zufolge ist der seit dem 25. Dezember v. J. verschwundene Baugewerbeschüler Hermann Gatzke aus Köln als Leiche am Rhein gelandet. Die Untersuchung ergab, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Ring, Geldbörse und andere Wertgegenstände fehlten.

**Von einer Lawine verschüttet.** Nach einer Meldung aus Bern wurden beim Bergwerk Goppenstein heimkehrende Arbeiter von einer Lawine verschüttet. Drei konnten sich herausarbeiten; einer blieb begraben. Etwa 50 Mann arbeiten an der Bergung der Leiche. Am Wiggisberge im Kanton Glarus deckte eine gewaltige Staublawine zahlreiche Häuser und Ställe ab und riß Hunderte von Obstbäumen nieder.

**Auf Neumühle bei Amberg erstickten** drei Kinder im Alter von zwei bis vier Jahren, deren Kleider beim Spielen mit Streichhölzern in Brand geraten waren, am Rauch.

## Provinz Sachsen und Umgebung.

+ **Nordhausen**, 25. Febr. (Stiftungen. — Ernennung.) Zum Jubelfeste des 100jährigen Bestehens der hiesigen höheren Mädchenschule, welches am 8. und 9. April d. J. gefeiert werden soll, haben jetzt zwei Enkel des Begründers und ersten Direktors dieser Schule, des Johann Christian August Heyse, Stiftungen zum Andenken ihres Großvaters gemacht. Der eine, der berühmte Dichter Paull Heyse in München, hat aus seinem Familienbesitze ein großes, künstlerisch ausgeführtes Brustbild des Schulgründers der Aula der Anstalt überwiesen, und der andere, der kaiserlich russische Manufakturrat Gustav Heyse in Petersburg, hat an den jetzigen Leiter der höheren Mädchenschule, Schulrat Reinsch, die Summe von 4500 Mk. zu einer Heyse-Stipendien-Stiftung geschickt. — Den jetzt in der benachbarten Harzstadt Bennecken sein wohnenden Erfinder des Dampfüberhitzers, Ingenieur Wilhelm Schmidt, hat anläßlich der Vollendung seines 50. Lebensjahres der Senat der technischen Hochschule zu Karlsruhe zum Dr. ing. honoris causa ernannt.

= **Aus der Elbaue**, 25. Febr. (Die vereinigten Molkereien) haben beschlossen, den Preis der Butter pro Pfund auf 1,45 Mk. zu erhöhen.

B. **Dessau**, 24. Febr. (Der anhaltische Landtag) ist, wie schon kurz gemeldet, heute mittag hier zusammengetreten. Nach den Ausführungen des Staatsministers von Dallwitz hat das Rechnungsjahr 1906/07 einen Ueberschuß von nahezu 850 000 Mk. ergeben. Der Reinertrag der Salzwerke muß infolge des Zutritts neuer Werke zum Kalisyndikat und die dadurch bedingte Herabsetzung der Förderanteile um 102 000 Mk. geringer angenommen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Vorarbeiten für eine allgemeine Revision der Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten noch nicht zum Abschluß gediehen sind und aus Zweckmäßigkeitsgründen vor Beendigung der im Reiche und in Preußen über die gleiche Frage schwebenden Verhandlungen nicht abgeschlossen werden können, hat die Staatsregierung es für geboten erachtet, in den außerordentlichen Etat den Betrag von 137 000 Mk. einzustellen, um durch Gewährung einmaliger außerordentlicher Beihilfen an verheiratete oder verwitwete mittlere und untere Beamte einschließlich der Lehrer, soweit ihr Diensteinkommen nicht mehr als 4200 Mk. beträgt, den Beteiligten schon jetzt eine wirtschaftliche Erleichterung zu verschaffen. Der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Witwenkassengesetzes lehnt sich an das Reichsbeamten-Hinterbliebenengesetz von 1907 an. Von allgemeiner Bedeutung ist ein weiterer Gesetzentwurf, durch welchen gegen polizeiliche Verfügungen neben der bisher gegebenen Beschwerde wahlweise die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zugelassen und somit die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte erweitert werden soll. Weitere Vorlagen betreffen den Erwerb des Wurmschen Gutes in Drose für eine Million Mark zwecks Wiederverlegung der durch die Aufstellung der Domäne Schielo und den Verkauf anderer fiskalischer Grundstücke der Vermögensverwaltung zugeflossenen Beträge, die Gewährung eines Darlehns von 150 000 Mk. an die Gernrode-Harzgeroder Eisenbahngesellschaft, die Gewährung eines Darlehns von 43 000 Mk. an den Pächter der Domäne Ternau zur Anlage einer Trainierung, Endlich alle des 50jährigen Bestehen des herzoglichen Salzwerks Leopoldshall der Staatsregierung Anlaß, die Zustimmung des Landtages zu einer Stiftung nachzusuchen, deren Kapital in Höhe von 200 000 Mk. der herzoglichen Staatsschuldenverwaltung entnommen werden sollen und deren Einkünfte zugunsten der Arbeiter des Salzwerkes Verwendung finden sollen. — Das Herzogtum Anhalt ist einer der wenigen deutschen Bundesstaaten, welcher über ein ansehnliches Barvermögen verfügt. Darum führt die herzogliche Staatsschuldenverwaltungskasse, der die Verwaltung dieser Bestände obliegt, eigentlich ihren Namen nicht ganz mit Recht. Die Vermögensbestände gliedern sich in sechs verschiedene Fonds, über welche in dem jetzt dem Landtage zugegangenen Abschluß der Staatsschuldenverwaltungskasse für das Jahr 1906/07 Rechnung gelegt wird. Danach betrug die Summe der Aktiva am 30. Juni 1907 18 729 079,72 Mk. Gegenüber dem gleichen Termin des Vorjahres war der staatliche Zuwachs von 2 369 606,26 Mk. zu verzeichnen. Allerdings stehen diesen fast 18¾ Millionen Mark Aktiven 5 127 902,83 Mk. Passiva gegenüber, doch bleibt immer noch ein Ueberschuß der Aktiva über die Passiva von 13 601 176,89 Mark, der sich, wenn man die Wertpapiere nur zum Kurswerte ansetzt, auf 12 476 567,06 Mk. vermindert. Von den erwähnten sechs Fonds umfaßten zur Zeit des Abschlusses der Reserve-Fonds der Salzbergwerke Leopoldshall und Friedrichshall 9 967 020,41 Mk. (gegen das Vorjahr 1 001 851,71 Mk. mehr), die Reservefondsverwaltung 5 373 401,88 Mk. (1 266 721,75 Mk. mehr), die Vermögensverwaltung 655 886,48 Mk. (22 665,07 Mk. mehr), die Anleihevermögensverwaltung 8696,86 Mk. (unverändert), der Reservefonds der Forstverwaltung 1 090 907,24 Mk. (69 296,23 Mk. mehr) und der allgemeine Reservefonds 1 613 166,85 Mk. (9069,50 Mk. mehr). Anleihen in Form von Staatsschuldverschreibungen besitzt Anhalt nicht; die zum Ausbau der Salzwerke aufgenommenen Anleihen, deren Tilgung flott betrieben wird, wurden sämtlich bei öffentlich rechtlichen Institutionen, Sparkassen usw. gemacht. Erwähnenswert ist, daß der Staat aus älterer Zeit ein noch mit 5 Prozent zu verzinsendes Darlehn in Höhe von 108 900 Mk. beim adligen Fräuleinstift in Mosigkau hat, dessen Kündigung erst erfolgen kann, wenn der gewöhnliche Zinsfuß wieder 5 Prozent beträgt. Die vom Staate angebotene Rückzahlung des Darlehns gegen Gewährung eines größeren Kapitals ist vom Gläubiger abgelehnt worden.

+ **Ragnitz**, 25. Febr. (Kirchengeschenke.) Der hiesigen Kirche wurden gewidmet: von einer Familie zwei silberne Weinkannen, ein silberner Kelchlöffel, eine bronzene Taufkanne und zwölf massiv eichene Stühle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802262-17/fragment/page=0002

† **Jesnitz**, 25. Febr. (Der hiesigen Kirche) wurden gewidmet: von einer Freundin der Kirche ein Harmonium für die Bibelstunden, von einem Gemeindemitgliede zwei Gesangbücher, von einer Freundin der Kirche Kolusläufer zum Belegen des Fußbodens, von einigen Damen ein neues Altargedeck und eine weiße Altardecke, von drei Freundinnen Schutzgardinen an den Fenstern der Südseite der Kirche, von einem anderen Damenkreise eine neue Taufkanne, von einem Kreise junger Mädchen eine Taufsteindecke und von einem Gemeindemitgliede eine Kangelbibel.

—a. **Rudolstadt**, 25. Febr. (Landtag.) Gestern nachmittag 4 Uhr hielt der Landtag seine vierte (außerordentliche) Sitzung ab. Eingegangen sind außer einem Ministerialdekret weitere sechs Petitionen. Punkt 1 der Tagesordnung brachte die Annahme des Berichts des Finanzausschusses betr. das Ministerialdekret: Gründung einer ordentlichen Musiklehrerstelle am fürstl. Seminar. Angenommen wurden ferner Unterstützungsgesuche für Schulkauten und für Geisteskranke, die Petition betr. die Versicherungspflicht der Heimarbeiter der Knopfindustrie zu Frankenhausen und der Bericht des Rechtsausschusses betr. das Gesuch des Schutzvereins für Handel und Industrie in Frankenhausen: Vorlegung der Geschäftsbücher der Einkommensteuer-Reklamanten.

**W. Sonneberg**, 25. Februar. (**Ein Unwetter**) hat im **Thüringer Walde große Verwüstungen angerichtet. Losgelöste Erdmassen und entwurzelte Baumstämme durchschlugen das Dach einer Bierbrauerei.**

## Wissenschaft, Kunst und Theater.

— **500 000 Mark gestiftet.** Der amerikanische Millionär Andrew Carnegie hat für die Zwecke der Robert Koch-Stiftung eine halbe Million Mark gespendet.

## Sport und Jagd.

= **Aus der Elbaue**, 25. Febr. (In hiesigen Jägerkreisen) wird sehr über das rapide Abnehmen des Bestandes der wilden Kaninchen geklagt. Während früher dieses Wild in manchen Fluren der hiesigen Gegend geradezu zu einer wahren Landplage geworden war, ist jetzt eine ganz erhebliche Dezimierung eingetreten, was auf das immer mehr um sich greifende Frettieren zurückzuführen ist. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht Frettierer abgefaßt werden. Um dem Frettierenunwesen mit mehr Nachdruck zu steuern, wäre die Einführung strengerer Strafen für das unbefugte Frettieren im jagdlichen Interesse sehr erwünscht.

## Hochwasservorhersage.

Nach Mitteilung der hydrographischen Landesabteilung der K. K. Statthalterei zu Prag ist für Mittwoch, den 26. d. Mts., mittags ein Wasserstand von + 3,80 m am Pegel zu Torgau zu erwarten.

Gleichzeitig werden aus dem Gebiet der Mulde und Saale mäßige Anschwellungen gemeldet.

Hiernach kann vorläufig auf folgende Wasserstände gerechnet werden:

**Elbe.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Mühlberg | = + 4,26 m | Tangermünde | = + 4,15 m |
| Mauken | = + 3,97 „ | Hämerten | = + 3,30 „ |
| Wittenberg | = + 3,90 „ | Sandau | = + 4,15 „ |
| Roßlau | = + 3,10 „ | Wittenberge | = + 3,80 „ |
| Aken | = + 4,15 „ | Lenzen | = + 4,00 „ |
| Barby | = + 4,20 „ | Broda (Dömitz) | = + 3,25 „ |
| Schönebeck | = + 4,30 „ | Dannatz | = + 3,25 „ |
| Pretzien O.-P. | = + 5,00 „ | Darchau | = + 3,00 „ |
| Magdeburg | = + 3,65 „ | Hohnstorf (Lauenburg) | = + 3,25 „ |

**Saale.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Trotha | = + 3,90 m | Bernburg | — + 3,25 m |
| Rothenburg | = + 3,30 „ | Calbe | = + 3,15 „ |

**Magdeburg, den 25. Februar 1908.**

**Elbstrombauverwaltung.**

# Letzte Telegramme.

**Palermo**, 25. Febr. Heute früh veranstalteten Studenten und Advokaten in Trapani Kundgebungen. Eine zahlreiche Schar von Demonstranten zog vor die Präfektur, zerstreute sich jedoch auf Ersuchen des Bürgermeisters. Die Demonstranten erwarten Erklärungen von der für heute abend zusammenberufenen Magistratsversammlung. — In Catania und Caltanisetta streiften die Schüler und versuchten, die Schließung der Geschäfte zu erzwingen. Es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei, doch ist kein ernsterer Zwischenfall zu beklagen.

**Konstantinopel**, 25. Febr. Die heutigen türkischen Blätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung, in der es heißt, daß die wichtige Frage der Gewähr für die Ausübung der Justiz den heißesten Wunsch des Sultans bilde. Infolgedessen sei durch einen durch ein Irade sanktionierten Ministerratsbeschluß in den Naibschulen, d. i. geistlichen Justizschulen, auch der Unterricht in allen weltlichen Justizzweigen neu eingeführt worden. Die diesbezüglichen Professoren werden namentlich angeführt und es wird zugleich betont, daß die Kurse bereits begonnen haben.

**Teheran**, 25. Febr. Der deutsche Gesandte Graf Quadt wurde heute vom Schah in langer Antrittsaudienz empfangen. Der Schah sprach dabei in äußerst zuvorsichtlicher Weise über die Beziehungen zwischen Persien und Deutschland, die er enger gestalten möchte. Insbesondere betonte er seine Sympathie mit dem im Aufblühen begriffenen deutschen Schulunternehmen, dem er weiterhin die größte Förderung durch die Regierung zusage.

**New-York**, 25. Febr. Der Betrieb der Tunnelbahn nach Hoboken ist heute eröffnet worden. Präsident Roosevelt drückte in Washington auf den Knopf einer elektrischen Leitung, wodurch der erste Zug mit den Gouverneuren der Staaten New-York und New-Jersey und deren Stäben in Bewegung gesetzt wurde.

# Börsen- und Handelsteil.

## Allgemeines.

:/: **Diskonto-Gesellschaft, Berlin.** Am 25. cr. fand die Sitzung des Aufsichtsrates der Diskonto-Gesellschaft statt, in welcher über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Auf Vorschlag der Geschäftsinhaber wurde beschlossen, der auf den 30. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9% in Vorschlag zu bringen. Nach dem Bericht der Direktion betrug der Bruttogewinn einschließlich Vortrag aus dem Vorjahre 27 786 993,41 *M.* (26 766 105,79 *M.* in 1906) hiervon ab zusammen 8 828 012,25 *M.* (7 926 884,72 *M.* in 1906) bleibt Reingewinn 18 958 981,16 *M.* (18 845 221,07 *M.* in 1906) für den folgende Verteilung vorgeschlagen wird: Dividende 9% 15 300 000 *M.* (15 300 000 *M.*), Gewinn-Beteiligung der Geschäftsinhaber 1 789 473,69 *M.* (1 789 473,69 *M.*), Tantieme des Aufsichtsratsrats 447 368,42 *M.* (447 368,42 *M.*), Ueberweisung an die David Hansemannsche Pensionskasse 150 000 *M.* (150 000 *M.*), Vortrag auf neue Rechnung 1 272 139,05 *M.* (1 158 378,96 *M.*). — Das Kommanditkapital von 170 000 000 *M.* und die Reserven im Gesamtbetrage von 57 592 611,39 *M.* sind unverändert geblieben.

**C. T. C. Commerz- und Diskontobank in Hamburg.** In der Sitzung des Aufsichtsrats am 25. cr. wurde beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 5½ gegen 6½% im Vorjahre vorzuschlagen. Der Bruttogewinn beträgt 11 816 908 *M.*, der Reingewinn 6 036 224 *M.* gegen 7 223 688 *M.* im Vorjahre. Der neugebildeten außerordentlichen Reserve für Kontokorrent-Geschäfte werden 600 000 *M.*, dem Reservefonds II 100 000 *M.* überwiesen und auf neue Rechnung 252 105 *M.* vorgetragen.

**W. In der Aufsichtsratssitzung der Mitteldeutschen Kreditbank** am 25. cr. wurde der Jahresabschluß für 1907 vorgelegt. Derselbe ergibt einen Reingewinn von 4 250 819 *M.* gegen 4 287 553 *M.* im Vorjahre. Der auf den 24. März anberaumten Generalversammlung wird vorgeschlagen die Verteilung einer Dividende von 6½ Prozent, wie im Vorjahre, die Zuweisung von 300 000 *M.* an die Kontokorrentreserve, der für 1907 117 000 *M.* entnommen worden sind, und eine außerordentliche Abschreibung von 100 000 *M.* auf das Mobiliarkonto.

W. T. B. **Märkische Bank in Bochum.** In der Aufsichtsratssitzung am 25. Februar wurde dem Antrage des Vorstandes gemäß beschlossen, der auf den 25. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. für das Geschäftsjahr 1907 vorzuschlagen.

C. T. C. **Bayerische Vereinsbank.** Der in der Sitzung des Aufsichtsrates der Bayerischen Vereinsbank am 25. cr. vorgelegte Rechnungsabschluß für 1907 ergibt einen Reingewinn von 4 292 193 *M.* gegen 4 127 266 *M.* im Vorjahre. Der am 24. März stattfindenden Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent, wie im Vorjahre, vorgeschlagen.

—y. **Essener Bergwerksverein König Wilhelm.** Bei dem Unternehmen betrug 1907 die Kohlenförderung 1 016 066½ To. (966 559 To.). In Koks wurden produziert 414 278 To. (383 142 To.). War der Absatz in den chemischen Erzeugnissen auch schwankend, so lagen die Verhältnisse insbesondere für die Hauptprodukte doch zufriedenstellend. Abzüglich der Abschreibungen von 1 022 878 Mk. (1 010 230 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von 2 725 005 Mk. (2 129 286 Mk.). Hiervon entfallen auf Disagio und Kosten der Anleihe 299 825 Mk., Reserven für Bergschäden 200 000 Mk. (150 000 Mk.). An Dividende sollen für die Aktie 20 Prozent und für die Vorzugsaktie 25 Prozent wie im Vorjahre verteilt und 269 718 Mk. (47 477 Mk.) vorgetragen werden. Ueber die Aussichten für die Zukunft sei zurzeit kaum etwas bestimmtes zu sagen. Der Kohlenabsatz habe nachgelassen, in Kohlen und den chemischen Erzeugnissen bestehe noch ausreichende Nachfrage. Der wirtschaftliche Horizont sei gegenwärtig umwölkt.

—y. **Maschinenfabrik und Hartgußwerk A. Harwig in Gera.** Unter diesem Namen ist die bisherige Firma August Harwig in Gera in eine G. m. b. H. umgewandelt worden. Das Stammkapital beträgt 515 000 M. Geschäftsführer ist der bisherige Inhaber der Firma August Harwig.

W. **Nach dem Geschäftsbericht der Neptun Aktiengesellschaft** in Rostock beträgt der Reingewinn im letzten Geschäftsjahr 500 908,10 Mk. Der am Sonnabend stattfindende Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent vorgeschlagen.

—y. **Dividendenvorschläge für 1907.** Hahnsche Werke in Berlin wieder 14 Proz. — Alsensche Portlandzementfabriken 14 Proz. (i. V. 17 Proz.) nach 584 272 (565 004 Mk.) Extrarücklage. — Neue Oberlausitzer Glashütte Schweig u. Co. 18 Proz. (i. V. 16 Proz.), wobei die Aussichten als befriedigend bezeichnet werden. — Oberschlesische Bank in Beuthen wieder 7½ Prog. — Kaiserkeller in Berlin wieder 9 Proz. — Ludwig Wessel, Porzellan- und Steingutfabrik bei Bonn 2 Proz. (i. V. 6 Proz.). — Elektrische Straßenbahngesellschaft Barmen-Elberfeld wieder 5 Proz. — Vogtländische Tüllfabrik 10 Proz. (1906, weil Baujahr, 0). — Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffreederei 9 Proz. (i. V. 10 Proz.).

# A. Produkten- und Warenmärkte.

## Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 25. Febr. Getreide und Futtermittel (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen erhielt, englischer und Sommer- gut 197—201 *M.*, mittel —,— *M.*, gering bis —,— *M.*, do. Kolben Sommer- gut 214—217 *M.* do. Rauhgut —,— *M.*, do. ausländischer gut 220—230 *M.* Roggen besser, inländischer gut 192—197 *M.*, mittel —,— bis —,— *M.*, Gerste und., hiesige Chevaliergerste gut 180—187 *M.*, mittel —,— *M.*, feinste —,—, hiesige Landgerste gut 170 bis 178 *M.*, mittel —,— *M.*, ausländische Futtergerste, gut 143—146 *M.*; feinste über Notiz. Hafer und., inländ. gut 154 bis 160 *M.*, mittel —,— *M.* Mais ruhig, runder gut 154—158 *M.*, amerikanischer bunter —,— *M.* Erbsen, hiesige Viktoria gut —,— bis —,— *M.*

**L. Hamburg**, 25. Februar. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II Febr. 218 *M.*, Nofafe 79 kg schwim. 207¾ *M.*, Febr./März 207¾ *M.*, März/April 208 *M.*, April/Mai 209 *M.*, Barl. Russo 80 kg schw. 207 *M.*, Febr./März 206¾ *M.*, März/April 207¾ *M.*, April/Mai 208¾ *M.*, La Plata ung. 80 kg Febr./März 205 *M.*, Bluestem März ankommend 215 *M.*, Walla Walla März ankommend 214 *M.* — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 10/15 Febr./März 203¾ *M.*, 9 Pud 10 Novorossisk Febr./März 202 *M.*, Western II schwim. 204 *M.* — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg Febr. 140¾ *M.*, März 139¾ *M.*, April/Mai 140 *M.* — **Mais:** La Plata April/Mai 138¾ *M.*, Mai/Juni-Juni/Juli 137¾ *M.*, Odessa schwim. 145 *M.*, Mixed dreihöfig Febr. 144¾ *M.*, gedarrt 146 *M.*, März gedarrt 146 *M.*

— **Berlin**, 25. Febr. (**Berliner Produktenbörse.**) Die **amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt:** Weizen, inländ. 203,00—206,00 *M.* ab Bahn und frei Mühle, Mai 209,50—208,75 bis 209,00 *M.*, Juli 216,50—210,25 *M.* Roggen inl. 193,00—195,00 *M.* ab Bahn und frei Mühle, Mai 200,50—200,25—200,50 *M.* Hafer, märk., mecklenb., pommr., preuß., pos. und schles. fein 171,00 bis 185,00 *M.*, mittel 162,00—170,00 *M.*, gering 157,00—161,00 *M.* ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— *M.* Mais amerik. mixed 155,00—159,00 *M.*, runder 1[illegible],00—159,00 *M.* frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 151,00—161,00 *M.*, gute 162,00—178,00 *M.*, russ. und Donau leichte 150,00 bis 153,00 *M.* ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware, mittel 180,00—186,00 *M.*, feine Futter- und Taubenerbsen 187,00—195,00 *M.*, kleine Kocherbsen —,— bis —,— *M.*, ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,00—29,00 *M.* Roggenmehl 0 und 1 24,80—26,80 *M.* Weizenkleie 12,50—13,25 *M.* Roggenkleie 12,50—13,25 *M.* Mittagsbörse: Weizen, inländ. 203,00 bis 205,00 *M.* ab Bahn, Mai 209,75—207,00 *M.*, Juli 210,75 bis 208,50 *M.* Roggen inländ. 193,00—194,00 ab Bahn, Mai 200,75 201,00—199,25 *M.*, Juli 197,50—195,50 *M.* Hafer Mai 167,25 bis 166,75 *M.*, Juli 169,00—168,00 *M.* Weizenmehl 00 26,25 bis 29,00 *M.* Roggenmehl 0 u. 1 25,00—26,90 *M.*, Mai 25,50 *M.* Rüböl, Mai 70,60—70,00 *M.*, Oktober 68,30—67,70 *M.*

**L. Weltmarkt, Berlin**, 25. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 207,00, Juli 208,50. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 154,80, Mai 157,90. Chicago Northern I Spring, Mai 146,30, Juli 138,00. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 156,30. Paris Lieferungsware Februar 179,15, Budapest Lieferungsware April 199,95. Odessa Ulka $9^{5}/_{30}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 174,65. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 199,25, Juli 195,50. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 152,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 166,75, Juli 168,00. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 114,80. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

## Stroh und Heu.

‡ **Halle a. S.**, 25. Febr. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) **Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.**

Roggen-Langstroh (Handdrusch): 2,80 *M.* bei Partien, 3,00 *M.* in einzelnen Fuhren.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 1,25 *M.*; Weizenstroh 1,20 *M.*; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,75 *M.*, Weizenstroh 1,75 *M.*, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,00 *M.*, Weizenstroh 2,00 *M.*; Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh 2,50 *M.*, Weizenstroh 2,50 *M.*, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,75 *M.*, Weizenstroh 2,75 *M.*

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer, beste Sorten, bei Partien: 4,25 *M.*, in einzelnen Fuhren: 4,50 *M.*; gute fremde Sorten, bei Partien: 3,75 *M.*, in einzelnen Fuhren: 4,00 *M.*

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: 4,25 *M.*, in einzelnen Fuhren: 4,50 *M.*; minderwertige Sorten, bei Partien: —,— *M.*, in einzelnen Fuhren: —.— *M.*

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,10 *M.*, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,60 *M.*

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,10 *M.*, in einzelnen vom Lager hier 2,70 *M.*

## Düngemittel.

‡ **Leopoldshall-Stassfurt**, 25. Februar. Düngemittel. (Bericht von Wichmann & Co., G. m. b. H., Salzgeschäft.) Es notiert frei Eisenbahnwagen ab Werkstation bei Abnahme in Ladungen mit der Maßgabe, daß für sämtliche deutsche, mit den Abladestationen in direkter Frachtverrechnung stehende Stationen feste Frachtzuschläge gelten, pro 100 kg: Kainit, fein gemahlen, mit 12,4% reinem Kali 1,50 *M.* ohne Sack, 1,98 *M.* mit Sack. Karnallit mit 9% reinem Kali und Kieserit 0,90 *M.* ohne Sack, 1,41 *M.* mit Sack. Kalidüngesalze mit 20% reinem Kali 3,10 *M.*, 30% 4,75 *M.*, 40% 6,40 *M.* ohne Sack, Abmahme einschließlich Sack 0,55 *M.* höher. Torfmehlbeimischung für alle Salze 0,10 *M.* pro 100 kg Aufschlag. Für Kainit, Karnallit und Kieserit wird 5% Notstandsvergütung bewilligt. Die Lieferungen erfolgen nur zur landwirtschaftlichen Verwendung im Inlande. Stickstoffkalk, ca. 19% Stickstoff enthaltend, zu 1,12 *M.* per Kilo % Stickstoff ab Frachtparität Staßfurt. Händlern Rabatt. — Die Aufträge gehen zurzeit sehr stark ein und werden von den Werken noch immer sehr prompt zur Ausführung gebracht. Wir empfehlen den Bezug umgehend zu bewirken, da demnächst, wie alljährlich, wieder Wagenmangel eintreten wird.

## Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Berlin**, 25. Febr. Kartoffelstärke 24,75—25,25 Mk., Kartoffelmehl 24,75—25,25 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

## Spiritus.

— **Hamburg**, 25. Februar. Spiritus fest, Februar $32^{1}/_{8}$ G., Februar-März $32^{1}/_{8}$ G., März-April $32^{1}$ G.

— **Paris**, 25. Februar. Spiritus matt, Februar 43,75, März 44,25, Mai-August 45,50, Septbr.-Dezbr. 40,75.

## Oele und Oelfrüchte.

— **Hamburg**, 25. Febr. Rüböl ruhig, loko verzollt 75,00.

— **Köln**, 25. Febr. Rüböl loko 77,00, Mai 76,00.

— **Paris**, 25. Februar. Rüböl matt, Februar 82,50, März 82,00, März-April 81,75, Mai-August 78,75.

— **Amsterdam**, 25. Febr. Leinöl flau, loko —,—, März $23^{2}/_{8}$, März-April —,—, Mai —, Mai-August —,—, Sept.-Dezbr. 22.

**W. Pest**, 25. Febr. Raps per August 16,30 Gd., 16,40 Br.

## Zucker.

**W. Hamburg**, 25. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 19,90, per März 19,95. Mai 20,30, per August 20,60, per Oktober 19,50, Dezember 19,45. Tendenz: Ruhig.

**W. London**, 25. Febr. 96% Java-Zucker prompt ruhig, 10 sh. 9 d. **Verk. Rüben-Rohzucker** Februar matt, 9 sh. $10^{3}/_{4}$ d. **Verk.**

## Kaffee.

— **Hamburg**, 25. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 32½ G., Mai 33 G., September 33½ G., Dezember 34. Tendenz: Ruhig aber behauptet.

— **Amsterdam**, 25. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 37.

— **Havre**, 25. Febr. Kaffee. Good average Santos März 43,00, Mai 43,00, Septbr. 43,00, Dez. 43,60. Tendenz: Ruhig.

## Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 25. Februar. Baumwolle, ruhig. Upland midding loco $58^{1}/_{2}$ Pfg.

— **Antwerpen**, 25. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. März 5,15 Käufer, August 4,75 bez. Ruhig.

— **Liverpool**, 25. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Willig, Amerikan. good ordinary Lieferungen: Willig. Per Febr. 5,60, per Febr.-März 5,57, per März-April 5,59, per April-Mai 5,60, per Mai-Juni 5,60, per Juni-Juli 5,59, per Juli-August 5,57, per Aug.-September 5,49, per Sept.-Oktbr. 5,40, per Oktbr.-Nov. 5,33.

## Petroleum.

— **Hamburg**, 25. Febr. Petroleum fest, Standard white loko 7,55.

## Metalle.

— **Amsterdam**, 25. Februar. Banca-Zinn flau, loco $78^{1}/_{4}$.

— **London**, 25. Febr. Silber $25^{15}/_{16}$ Lstrl., Chili-Kupfer $58^{1}/_{8}$ Lstrl., per 3 Monate $58^{5}/_{8}$ Lstrl., Blei, span. $13^{7}/_{8}$ Lstrl., engl. $14^{1}/_{4}$ Lstrl., Zinn 130 Lstrl., Zink $21^{5}/_{8}$ Lstrl.

— **Glasgow**, 25. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. **Warrants Middlesborough III** 50 sh. $4^{1}/_{2}$ d.

# B. Tiere und tierische Produkte.

## Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 25. Febr. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 307 Rinder, 328 Kälber, 165 Schafe und usw., 1577 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. 40—42, B. 36—38, C. 32—34, D. 28—30 *M.* Bullen: A. 38—40, B. 34—36, C. 30—32, D. 27—29 *M.* Kalben u. Kühe: A. ——, B. 30—32, C. 26—28, D. 23—25, E. 19—22 *M.* Kälber: A. 51—57, B. 40—46, C. 27—36, D. 25—32 *M.* Schafe: A. 38 bis 40, B. 35—37, C. 28—33 *M.* Schweine (mit 20% Tara): A. 55—56, B. 52—54, C. 45—51, D. 46—52 *M.* — Verlauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 70 Rinder, 18 Kälber, 4 Schafe, 10 Schweine.

# C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 25. Febr. Roter Winter-Weizen loko $101^{1}/_{4}$, per März ——, per Mai $103^{3}/_{4}$, per Juli $97^{3}/_{4}$, per Sept. ——, **Mais** per Mai $69^{7}/_{8}$, per Juli $67^{3}/_{4}$, per Sept. ——. **Mehl 4,40. Getreidefracht nach Liverpool** $1^{3}/_{4}$.

**W. Chicago**, 25. Februar. Weizen per Mai $95^{3}/_{4}$, per Juli $90^{1}/_{8}$, **Mais** per Mai $60^{5}/_{8}$.

**W. New-York**, 25. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

**W. New-York**, 25. Febr. Schmalz Westernsteam 7,70, Rohe und Brothers 7,85.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebemann; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Göbeling; für Lokales: i. V.: Herlebe; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802262-17/fragment/page=0003

# Berliner Börse, 25. Febr. 1908

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. | 1 Apr. | 71 Juli | 01 Okt. | 1.1.7. | 1.4.10. | 15.3.9. | 15.6.12. | 1.1.4.7.10 | 1.2.5.8.11. | 1.3.6.9.12. | 15.1.11. | 15.4.10. | 15.7.10. | 15.10.11. | 1.1.2.8. | 1.5.11. | 1.6.12. | 15.5.11. | 1.3.5.8.12. | 1.4.7.10.

Berechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Gest. 1 G. Gold: 1 Sk., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 1 fl. sdd.: 1,7 — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 Milr. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Kr.: 1,12. — 1 Kr.: 1,12. — 1 Kr. Gold: 4,20. — 1 Dol.: 4,20. — 1 Dol.: 4,20. — 1 Dol.: 4,20. — 1 Dol.: 4,20.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4¼%. Reichsbruck verb.

## Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinfuss von den Kursen angegeben. Alle Aktien (ausgenommen Bank- u. Industrie-Aktien) tausendfach Gesellschaftsanteilen Stückzinsen, Prozent, und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage

sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Die mit Stern (*) bezeichneten sind hypothekarisch sichergestellt.

Die mit Stern (*) bezeichneten sind hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über part. Rückzahlungen Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Dividendenwerten ist der Zinfuss von den Kursen angegeben. Alle Aktien (ausgenommen Bank- u. Industrie-Aktien) tausendfach Gesellschaftsanteilen Stückzinsen, Prozent, und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802262-17/fragment/page=0004